

Die Spirale des Misstrauens überwinden

Die angespannte innenpolitische Lage in Iran hat eine Annäherung zwischen Teheran und dem Uno-Sicherheitsrat in der Atomfrage vorderhand blockiert. Der Westen sollte darauf mit einer Doppelstrategie reagieren: nachdrücklich für die Menschenrechte eintreten und zugleich Gespräche in anderen Bereichen anbieten.

Volker Perthes

Rückblickend wird man vielleicht von einer Ironie der Geschichte sprechen: Viele westliche Politiker gingen vor den iranischen Präsidentschaftswahlen im Juni 2009 davon aus, dass sich nur mit einem Präsidenten aus dem Lager der Hardliner Fortschritte im Nuklearstreit mit Iran erreichen lassen. Immerhin müsse ein iranischer Präsident Kompromisse mit der internationalen Gemeinschaft auch innenpolitisch durchsetzen. Irans wiedergewählter Präsident Ahmadinejad zeigte auch tatsächlich, dass er mit den Mächten des Uno-Sicherheitsrates und Deutschland zu einer Übereinkunft gelangen wollte. Nur hat er, zweifellos ein Hardliner, ein solches Abkommen eben nicht zustande gebracht.

Angeschlagener Hardliner

Die Ursachen dafür liegen in der Innenpolitik. Das iranische Regime hat durch die brutale Unterdrückung der Proteste nach den Präsidentschaftswahlen – und weil seither ein tiefer Riss durch die staatstragende politische Elite geht – an Legitimität verloren. Ahmadinejad geht wohl zu Recht davon aus, dass ein aussenpolitischer Erfolg und eine Entspannung des Verhältnisses zu den USA und Europa ihm einiges an innenpolitischer Akzeptanz zurückbringen könnten. Er war deshalb bereit, sich auf die im Herbst 2009 in Genf und Wien verhandelte Formel einzulassen, nach der iranisches niedrig angereichertes Uran in Russland und Frankreich weiterverarbeitet würde, um Brennstäbe für den Weiterbetrieb des einst von den USA gelieferten medizinischen Forschungsreaktors in Teheran herzustellen. Dieser bisher kreativste Entwurf für einen Einstieg in eine diplomatische Lösung des Nuklearstreits scheiterte daran, dass die Gegner Ahmadinejads in Irans Führungsschicht ihm keinen aussenpolitischen Erfolg erlauben wollten. Das Ergebnis ist, dass Iran und der Uno-Sicherheitsrat sich in einer Blockadesituation befinden. Vermutlich wird der Sicherheitsrat oder, wenn hier eine Einigung nicht zustande kommt, werden die USA und Europa Sanktionen verhängen; Iran wird zumindest androhen, den Grad der Urananreicherung im eigenen Land zu erhöhen, um selbst Brennstäbe für den Reaktor in Teheran herzustellen. Spannungen dürften zunehmen, Iran weiter isoliert werden. Politiker in Teheran, aber auch in westlichen Hauptstädten werden herausstellen, dass man im Atomstreit nicht eingeknickt sei. Gewonnen haben wird man allerdings nichts: Kaum jemand glaubt, dass die derzeit diskutierten Sanktionen die iranische Führung wirklich dazu bringen würden, im Atomkurs umzuschwenken. Zwar sind militärische Auseinandersetzungen derzeit eher unwahrscheinlich. Aber schon eine Erhöhung des regionalen Spannungsgrades wäre mit Blick auf die Lage im Irak und in Afghanistan nicht im internationalen Interesse.

Angesichts dieser Situation ist es angebracht, über eine veränderte Iranpolitik nachzudenken, die über den Atomstreit hinausgeht, ohne diesen aus dem Blick zu verlieren. Drei Elemente könnten einen solchen Neuansatz prägen: In der Atomfrage würde man sich kurzfristig auf das Minimalziel konzentrieren, die Voraussetzung für weitergehende Verhandlungen zu schaffen. Dazu liesse sich der iranische Vorschlag annehmen, 800 Kilogramm des in Iran angereicherten Urans in Iran unter die Kontrolle der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEO) zu stellen, um sie gegen Brennstäbe für den Forschungsreaktor in Teheran einzutauschen. Dieser Vorschlag geht den USA und anderen Staaten nicht weit genug, weil Iran damit die Kontrolle über erhebliche Mengen angereicherter Materials behielte. Die

internationale Gemeinschaft verlöre mit der Annahme dieses Vorschlags aber nichts: Bestehende Sanktionen würden nicht aufgegeben; alle Angebote zu weiter-gehenden Schritten, vor allem das eines gleichzeitigen Einfrierens der Sanktionen und des iranischen Anreicherungsprogramms, blieben auf dem Tisch. Es würde verhindert, dass Iran durch die Androhung eigener höherer Anreicherung eine weitere Schwelle im Nuklearstreit überschreitet. Zudem könnte ein solches Minimalabkommen dazu beitragen, die Spirale des Misstrauens zu stoppen.

Das zweite Element wäre ein unabhängig von der Atomfrage bestimmteres Auftreten westlicher Politik mit Blick auf die Menschenrechtsfrage. Um der Forderung Nachdruck zu verleihen, dass die iranische Regierung zumindest die Grundrechte wahrt, die auch die iranische Verfassung garantiert, sind Massnahmen gegen Personen denkbar, die für eklatante Menschenrechtsverletzungen verantwortlich sind. Eine Liste iranischer Funktionsträger, deren Auslandkonten in Europa blockiert werden und denen man auch keine Visa erteilt, würde eine starke symbolische Wirkung erzielen. Gleichzeitig sollten europäische Staaten deutlich machen, dass sie am kulturellen und wissenschaftlichen Austausch mit Iran interessiert bleiben.

Interesse an Zusammenarbeit

Da eine Lösung des Atomstreits in weiter Ferne zu liegen scheint, ist es drittens notwendig, Möglichkeiten der Zusammenarbeit bei anderen Problemen auszuloten. Besonders wichtig scheint eine Einbindung Irans in regionale Bemühungen um die Stabilisierung Afghanistans und die Eindämmung des Drogenschmuggels. Um Iran auf gleicher Augenhöhe zu beteiligen, könnte eine internationale Kontaktgruppe für Afghanistan, an der alle direkten Nachbarn des Landes, die permanenten Mitglieder des Sicherheitsrats, die EU und Indien beteiligt wären, gebildet werden. Afghanistan braucht die Unterstützung seiner Nachbarn, um den Bürgerkrieg zu beenden und den Aufbau voranzutreiben. Eine Beteiligung Irans ist hier in jedem Fall angebracht. Die Zusammenarbeit in einem solchen Gremium könnte aber auch dazu beitragen, ein Mindestmass an Vertrauen zwischen Iran, den USA und europäischen Staaten wiederherzustellen, das auch für neue Bemühungen um eine Lösung der Nuklearfrage notwendig sein wird.

Volker Perthes ist Direktor der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Berlin.